

Rüdiger Schuch

Haltung leben

Diakonisches Engagement für eine offene und demokratische Gesellschaft

1. Einleitung

Unsere liberale Demokratie ist gefährdet. Wiewohl in diesen Tagen, im Frühjahr 2025, als dieser Aufsatz entstand, allenthalben festgestellt, ist diese Einsicht so erschütternd, dass sie hier an den Anfang gestellt werden muss. ›Wir müssen die Demokratie schützen‹, ›Wir müssen die Demokratie stärken‹, ›Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie‹, und ›Nie wieder ist jetzt!‹: Diese Rufe sind laut und vernehmlich, und sie werden teilweise seit Jahren vorgebracht. Doch blickt man auf die Ergebnisse der Bundestagswahl am 23. Februar 2025, muss man sich die Frage stellen: Haben wir – die Zivilgesellschaft, die Demokrat*innen, die Bürger*innen, die Politik – genug getan, und vor allem, haben wir das Richtige getan, um die Demokratie zu schützen?

Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte die AfD 20,8 Prozent Stimmanteil und wurde zweitstärkste Kraft im Bundestag. Waren die Zustimmungswerte zur AfD bei der Europawahl und den Landtagswahlen 2024 schon erschreckend hoch – in Sachsen und Thüringen erhielt die AfD rund ein Drittel der Stimmen –, sind die Zustimmungswerte nun noch einmal weiter gestiegen. Die Darstellung der Deutschlandkarte am Abend des Wahlsonntags zeigte ein schwarz-blau gespaltenes Land, dem ehemaligen Verlauf der innerdeutschen Grenze folgend. Beunruhigend ist dabei nicht allein die durchweg höchste Zustimmung zur AfD im östlichen Teil des Landes. Ebenso beunruhigend ist, dass sich dieser Teil des Landes durch die Koalition aus CDU/CSU und SPD in der Mehrheit nicht repräsentiert fühlen wird. Wobei die Spaltung in Blau und Schwarz nicht so deutlich ist, wie es scheint, denn auch im Westen erzielte die AfD teilweise Werte von rund 20 Prozent und im Osten wurde die CDU zweitstärkste Kraft (vgl. Statistisches Bundesamt 2025).

Die AfD insgesamt wird vom Verfassungsschutz derzeit als rechtsextremistischer Verdachtsfall betrachtet (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2024). Ein Gerichtsurteil über die Hochstufung zur gesichert extremistischen Bestrebung, die das Bundesamt für Verfassungsschutz im Mai 2025 vorgenommen hatte, steht derzeit noch aus (vgl. Tagesschau 2025a). Auch der AfD-Landesverband in Brandenburg wurde im April 2025 als gesichert extremistisch hochgestuft, auch hier steht ein Urteil des Verwaltungsgerichts noch aus (vgl. Tagesschau 2025b). In beiden Fällen gilt die AfD trotz der Einschätzung durch die Verfassungsschutzbehörden vorerst weiterhin als Verdachtsfall (Stand: 13.06.2025). Die Landesverfassungsschutzbehörden in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt stuften die Partei dort bereits seit 2023 als gesichert rechtsextremistisch ein (vgl. Amt für Verfas-

sungsschutz Freistaat Thüringen 2023: 11–17; Staatsministerium des Innern Freistaat Sachsen 2023: 52–59; Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt 2023: 32–62). Woher kommt die verbreitete Zustimmung zu einer mindestens rechtspopulistischen, in Teilen sogar rechtsextremen Partei? Woher kommt diese konkrete Zustimmung oder manchmal auch nur achselzuckende Akzeptanz gegenüber menschenfeindlichen, demokratiefeindlichen Positionen und gegenüber einer Politik, die zum einen völkisch-nationalistisch ist, zum anderen eine neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt und somit den Interessen eines erheblichen Teils ihrer Wähler*innen entgegensteht (vgl. Fratzscher 2023)?

Auf den folgenden Seiten sollen wohlfahrtsverbandliche Perspektiven auf das ›Warum‹ aufgezeigt und Überlegungen angestellt werden, wie mit diesem Befund umzugehen ist und wie sich Demokratie angesichts ihrer konkreten Gefährdung nachhaltig stärken lässt. Zunächst soll der Blick jedoch auf das Verhältnis zwischen Diakonie und Demokratie gerichtet werden.

2. Gefährdung von Rechtsstaat und Demokratie (Beispiele aus der Diakonie)

Die Diakonie Deutschland ist einer von sechs Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Als sozialer Dienst der evangelischen Kirche zählt sie zu den größten Arbeitgeberinnen des Landes. Für die Suchbewegung nach Antworten auf die Fragestellung, wie die Demokratie zu schützen ist, ist sie eine wichtige Akteurin. In den 33.000 Einrichtungen der Diakonie arbeiten rund 627.000 hauptamtliche und 700.000 freiwillig engagierte Mitarbeitende und versorgen pro Jahr ca. zehn Millionen Menschen mit ihren Diensten und Angeboten (vgl. Diakonie Deutschland 2024: 4–5). Durch ihre vielfältigen Einrichtungen, von Kindergärten über Beratungsstellen, Wohngruppen, Pflegeheime bis zu Krankenhäusern und Hospizien, erreicht sie Menschen in allen Lebenslagen, insbesondere aber vulnerable Personengruppen und Menschen, die sich temporär oder dauerhaft in prekären Lebenssituationen befinden und eines besonderen Schutzes bedürfen. Unter ihnen, wie gewiss auch unter den Mitarbeitenden der Diakonie, finden sich vermutlich ebenso viele Menschen wie in der Gesamtbevölkerung, die ihre Stimme bei der Wahl einer demokratiefeindlichen Partei gegeben haben und bestimmten Personengruppen – seien es Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, queere Personen, Empfänger*innen von Bürgergeld oder andere – ablehnend gegenüberstehen. Zugleich finden sich unter den Menschen, die die Dienste der Diakonie in Anspruch nehmen oder in der Diakonie arbeiten, viele Personen, die selbst von Diskriminierung betroffen sind, die selbst Anfeindungen erleben, weil sie eine Behinderung haben, eine Migrationsgeschichte haben, Bürgergeld beziehen, queer sind oder auch weil sie sich für die Stärkung der Demokratie engagieren.

Die Autorin Mely Kiyak kritisierte bereits 2018 in ihrem Büchlein ›Haltung. Ein Essay gegen das Lautsein‹ die immer aufs Neue sich wiederholenden Rufe, man müsse Haltung zeigen, den Anfängen wehren und Farbe bekennen, die auf

die immer wieder aufs Neue sich wiederholenden rechtsextremen Auslassungen, Aufmärsche, Angriffe und Morde folgten. Auf der Suche nach dem richtigen Weg, die Dynamik aus rechtsextremer Agitation, gefolgt von der lauten Empörung der Demokrat*innen und schließlich reaktiver rechter Opferinszenierung zu durchbrechen, schlägt sie vor:

Schweigt man dazu, käme es einer Duldung gleich. Wenn man reagiert, hat man das Spiel in Kenntnis der Methode mitgespielt. Wie also Einspruch erheben? Der Schlüssel ist, die Methode Widerspruch *ohne* Konsequenz in Widerspruch *durch* Konsequenz zu ändern. Nur so lässt sich die Dynamik unterbrechen, indem man die Grenzüberschreitung als nicht hinnehmbare Haltung auch sichtbar macht (Kiyak 2018: 12, H. i. O.).

Wie kann ein solcher Widerspruch *durch* Konsequenz aussehen? Drei Beispiele sollen dies veranschaulichen:

- a) Im späten August des Jahres 2024 besuche ich eine diakonische Einrichtung, die in der Eingliederungshilfe engagiert ist. Im Gespräch erzählt ein Mitarbeiter, er ist Werkstattrat in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen, dass es ihm Angst mache, wenn er lese, dass die AfD, dass Björn Höcke das Ende des von der AfD so genannten ›Inklusions-Projekts‹ fordere. ›Was passiert mit den Angeboten für Menschen mit Behinderung, wenn die AfD an Macht und Einfluss gewinnt?‹, fragt er. Beeindruckt bin ich, dass er es nicht bei der Angst belässt. Er geht zu Demonstrationen gegen Rechtsextremismus. Er engagiert sich bei der Initiative für eine offene Gesellschaft. Er stellt Strafanzeige, wenn er menschenfeindliche Sprüche auf Demo-Plakaten sieht, zum Beispiel auf Gegendemos gegen den CSD, wie es sie im Sommer 2024 an einigen Orten in Deutschland gab.
- b) Ein anderes Blitzlicht: Kolleg*innen aus einer Migrationsberatungsstelle in Sachsen erzählen von erschreckenden Formen des alltäglichen Rassismus, von Anfeindungen, die sie selbst erfahren und die die Menschen erfahren, die in Deutschland, in dieser sächsischen Kleinstadt, Schutz und Heimat suchen. Ein Kind mit Migrationsgeschichte sei unvermittelt zwischen zwei Orten von der Busfahrerin aus dem Bus verwiesen und mitten in der Landschaft stehengelassen worden. Die Busfahrerin sei nach massiver Beschwerde lediglich auf eine andere Linie versetzt worden. Die Begründung lautete: Fachkräftemangel. In einer Schule werde nichts unternommen, wenn ein Lehrer offen die Embleme der ›Freien Sachsen‹ im Unterricht trage. Die Mitarbeitenden der Migrationsberatung haben Kompensationstechniken entwickelt, um mit der Belastung und der Bedrohung, die sich oftmals auch gegen sie selbst richtet, umzugehen: Sie schließen Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Partnern, sie suchen in besonderem Maße Rückhalt bei Freund*innen und Familie, sie planen Zeitpuffer am Abend ein, um die emotionale Belastung in Ruhe zu verarbeiten. Und sie setzen konsequent ihre Arbeit fort.
- c) Ein letztes Beispiel: Die Geschäftsführerin eines regionalen Diakonischen Werkes arbeitet unter anderem mit jungen Geflüchteten und hat sich zur Demokratieberaterin ausbilden lassen. Sie wohnt im ländlichen Raum, in einem

thüringischen Dorf, in dem die Freiwillige Feuerwehr der wesentliche zivilgesellschaftliche Akteur ist, keine Diakonie und keine Kirchengemeinde. Die Feuerwehr sei allerdings fest in der Hand von Rechtsextremen. Und so erzählte die engagierte Kollegin von einem Gespräch mit ihrem Mann. Gegenstand des abendlichen Austausches war die persönliche Gefährdung, der fast alltägliche Hass, dem sie ausgesetzt sind. Ihr Mann kam zu der ernüchternden Feststellung: ›Wenn unser Haus mal brennt, wird es nicht gelöscht werden. Ja, das wird so sein‹, sagt sie, und bleibt trotzdem standhaft und dem Auftrag der Diakonie und ihrem Engagement für die Demokratie treu. ›Solange es nur das Haus ist, das abbrennt...‹

Für die Diakonie steht unverbrüchlich fest, dass menschenfeindliche, abwertende, ausgrenzende Ideologien sich nicht mit den Werten vertragen, an denen sich diakonisches Handeln orientiert: die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, das Gebot der Nächstenliebe, die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen und die darauf fußenden Menschenrechte. Das Liebesgebot bildet das Zentrum jüdisch-christlicher Ethik und setzt den Grundimpuls allen diakonischen Handelns.

Die Erfahrungen vieler Mitarbeitenden zeigen jedoch, dass es für viele Menschen in zunehmendem Maße sehr viel Mut und Standhaftigkeit braucht, um diese Überzeugung zu verteidigen und für sie einzustehen. Zu erleben, wie Mitarbeitende der Diakonie diese Standhaftigkeit aufbringen, ist beeindruckend und ermutigend. Doch individuelles Engagement allein wird nicht ausreichen. Haltung zeigen *durch* Konsequenz kann nicht von Einzelnen allein getragen werden. Kiyak, die Kolumnistin, Journalistin und Autorin, richtete ihre Forderung, Haltung zu zeigen *durch* Konsequenz vor allem an die Medien, an ihre schreibenden und journalistischen Kolleg*innen und an die Politik. Es ist jedoch ebenso notwendig, dass auch die Institutionen, die Vereine, Verbände und Unternehmen sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Konsequenzen gezogen werden müssen, um Haltung nicht nur zu *zeigen*, sondern sie konsequent zu *leben*. Sie sind es, die den Menschen, die hier arbeiten oder sich organisieren, Rückhalt und Rüstzeug geben müssen, um sich auch als Individuen durch Konsequenz für den Erhalt der Demokratie und die Wahrung der Menschenwürde einzusetzen. Es braucht politische Entscheidungen und verlässliche Förderprogramme. Und es braucht verbandliche und organisationale Strukturen und Maßnahmen, um einerseits Menschen in ihrem Engagement zu unterstützen und um andererseits entsprechende politische Forderungen in den Diskurs einzubringen.

Zunehmend jedoch wird die Diakonie, werde auch ich in der Funktion als Präsident, mit der Frage konfrontiert: Warum soll die Diakonie sich überhaupt politisch äußern und sich für die Demokratie stark machen? Was hat das mit der Arbeit der Diakonie zu tun? Die Antwort liegt dabei auf der Hand: Es ist schlicht nicht möglich, als Diakonie zu aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen Stellung zu beziehen, ohne dabei auf die Gefährdung der liberalen Demo-

kratie und des Rechtsstaates zu schauen. Demokratie und Rechtsstaat sind unverzichtbare Grundlage unserer diakonischen Arbeit. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung bildet den verlässlichen Rechtsrahmen, um für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu arbeiten und sich sozial anwaltschaftlich für diejenigen einzusetzen, die an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt werden. Daher ist es gemäß Satzung des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung e. V. sehr wohl Aufgabe der Diakonie, Einspruch zu erheben, wenn der Rechtsstaat zu erodieren droht (vgl. EWDE 2024: 1): Ein Kind mit gültigem Fahrausweis hat das Recht, von einem öffentlichen Bus befördert zu werden. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe und Bildung. Ein brennendes Haus muss gelöscht und seine Bewohner*innen in Sicherheit gebracht werden. Und alle müssen sich dessen sicher sein können, dass das so ist.

Ende 2023 und Anfang 2024 stellten die beiden großen Kirchen die Unvereinbarkeit von christlichen und rechtsextremen Positionen klar (vgl. EKD 2023; 2024; Deutsche Bischofskonferenz 2024). Entsprechend schließen sich ein Engagement für die Kirche und Diakonie und ein Engagement für die AfD aus. Diese gemeinsame Haltung erlangte eine große öffentliche Resonanz. Vor dem Hintergrund einer zunehmend polarisierten Debattenkultur und der weit verbreiteten Empfindung, die Gesellschaft sei gespalten und ein Großteil der Gesellschaft fände kein Gehör (vgl. Hörsch 2025: 16–21; Decker et al. 2024: 105–111), stellt sich dennoch weiterhin die Frage, wie die notwendige Konsequenz sinnvollerweise aussehen muss, um die Diskursverschiebung nach rechts zu stoppen. Zunächst jedoch soll der Blick auf die Ursachen dieser Diskursverschiebung gerichtet werden.

3. Aspekte soziologischer Gegenwartsanalysen: Veränderungsdruck, Verluste, soziale Spannungen

Woher kommen die hohen Zustimmungswerte für rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen und Parteien? Eine Antwort ist sicher in der Vielzahl großer gesellschaftlicher Herausforderungen zu suchen: Menschen erleben gegenwärtig einen hohen Veränderungsdruck. Die Anforderungen der notwendigen sozial-ökologischen Transformation und der digitale Wandel in allen Lebens- und Arbeitsbereichen sind nur zwei Stichworte, die hierzu beitragen. Dieser Veränderungsdruck wird verschärft durch die Häufung von globalen Krisen und deren Folgen, die wir seit Jahren erleben: der Klimawandel, die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und leider nicht nur dort, sondern genauso verheerend in Israel und Gaza und in vielen anderen, vergessenen Kriegsschauplätzen und Konflikttherden.

Die Diakonie Deutschland hat durch ihre Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi) im Februar 2025 eine repräsentative Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass eine

große Mehrheit, 82 Prozent der Bevölkerung in Deutschland, gesellschaftliche Fiktionen wahrnimmt (vgl. Hörsch 2025: 16). Viele spüren eine wachsende Unsicherheit, ob sie eine gute Zukunft haben werden, ihr ›hart erarbeiteter Wohlstand‹ nicht gefährdet ist. Etliche verzweifeln an der Unwilligkeit vieler, dem Klimawandel entschieden entgegenzutreten. Auch die Furcht vor Krieg ist weit verbreitet. Nicht wenige lassen sich verleiten, in Geflüchteten und Migrant*innen den Grund allen Unglücks zu sehen. Und viele formulieren ihren Unmut über eine vermeintlich *woke* Politik und zu viel *political correctness* in der Sprache. Verstärkt werden diese Wahrnehmungen in den Echokammern der Sozialen Medien. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung fühlt sich unverstanden und abgehängt (vgl. Decker et al. 2024: 101–126). Der demographische Wandel stellt Wirtschaft und Daseinsvorsorge vor enorme Herausforderungen. Es kann eine gesellschaftliche Beunruhigung und Verunsicherung konstatiert werden, und die Sorge wächst, dass Deutschland und Europa eben keine gute und sichere Zukunft haben (vgl. Hörsch 2025: 35–46). Zugleich wächst die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen in der Bevölkerung, nicht nur unter Wähler*innen rechtsextremer Parteien (vgl. Decker et al. 2024: 87–95).

Der Soziologe Andreas Reckwitz bezeichnet Populismus als »politisches Verlustunternehmertum« (Reckwitz 2024: 12) und bezieht sich dabei insbesondere auf den rechten Populismus. Verlusterfahrungen, die Menschen machen, insbesondere Verlusterfahrungen, die ganze Gesellschaften oder Gesellschaftsgruppen betreffen, werden für eine Politik genutzt, die mit ihren Versprechen und mit ihren Slogans rückwärtsgewandt ist: Es soll wieder so werden, wie es einmal war, die alte Ordnung und die damit verbundenen Privilegien sollen wieder hergestellt werden: Amerika soll wieder groß werden, Deutschland wieder ›normal‹. Diese populistischen Zukunftsversprechen fokussieren dabei nicht tatsächlich die Zukunft, sondern die Vergangenheit, die in Zukunft wiederhergestellt werden soll. Mit einer solchen Perspektive jedoch wird es nicht möglich sein, die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen und sinnvolle, zukunftweisende Perspektiven zu entwickeln. Dies wird erst möglich, wenn die Verluste anerkannt und betrauert werden und wenn es gelingt, konstruktive Wege des Umgangs mit ihnen zu entwickeln, individuell wie gesellschaftlich.

Dabei ist es wichtig anzuerkennen, dass die Verluste – seien sie objektiv messbar oder subjektiv empfunden – real sind, weil sie als solche erlebt werden. Das Verlustempfinden ist hier ausschlaggebend (vgl. ebd.: 19). Wenn der inzwischen sprichwörtlich gewordene ›alte weiße Mann‹ seine Deutungshoheit verliert, dann mag es gesellschaftlich längst überfällig sein, dass nun auch mal andere verstärkt zum Zuge kommen. Auf individueller Ebene wird diese Erfahrung offensichtlich sehr oft als massiver Verlust erlebt: Verlust von Bedeutung, Einfluss und Anerkennung. Wenn traditionelle Lebensentwürfe und Vorstellungen als verbindende Norm in Frage gestellt werden, wenn Sprache sich ändert, wenn plötzlich ganz unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten berücksichtigt werden sollen, dann bedeutet dies für die einen: Sie werden sichtbarer, sie werden gleichberech-

tigter, sie werden in ihrer Art zu leben wahrgenommen und bedacht. Endlich und oftmals trotzdem noch nicht genug. Für die anderen bedeutet dies: Ihre Vorstellungen vom richtigen und guten Leben werden infrage gestellt, ihre Essgewohnheiten, Sprechgewohnheiten, Lebensgewohnheiten sollen plötzlich nicht mehr ›gut genug‹ sein. Das fühlt sich dann für viele an wie ein Verlust. Oder in der Logik des ›politischen Verlustunternehmertums‹ des Populismus: Wie ein Sprechverbot, das allzu oft die halb empörte, halb verunsicherte Frage hervorbringt: ›Oder darf man das jetzt auch nicht mehr sagen...?‹ Doch, man darf, allermeist darf man. Aber es gibt nun auch andere, die ihre Sichtweise, ihre Bedürfnisse, ihre Lebensweise sichtbar und hörbar machen und die auch Ansprüche stellen, an die Gesellschaft als Ganzes und an Einzelne. Hinzu kommen die großen, globalen Herausforderungen, die Krisen und Notlagen, die uns als Gesellschaft und auch als Weltgemeinschaft zu Veränderungen zwingen, uns mit Verlusten konfrontieren und uns dabei emotional immer wieder massiv herausfordern und oftmals auch überfordern.

Populismus profitiert von Verlusterfahrungen und verspricht einfache Lösungen, und der Rechtspopulismus tut dies, indem die Schuldigen für diese Verlusterfahrungen im vermeintlichen Außen gesucht werden: Menschen, die zugewandert sind oder deren Eltern zugewandert sind; oder auch Menschen, die aus anderen Gründen als abweichend, als ›nicht normal‹ betrachtet werden, weil sie anders leben, anders lieben, anders sprechen, anders aussehen, anders denken, anders glauben, andere Körper haben, als es dieses ›Normal‹ der RechtspopulistInnen und der Rechtsextremen vorsieht. Dies führt zu Ausgrenzung und Abwertung, und in allerletzter Konsequenz führt das zu tödlicher Gewalt. Diese Abwertung und Ausgrenzung betreffen auch die Menschen, die in den Einrichtungen und Diensten der Diakonie arbeiten, und sie betreffen ganz besonders viele der Menschen, die in diakonischen Einrichtungen betreut werden, die hier leben, beraten und begleitet werden.

Die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser analysieren die sozialen Spannungen unserer Gesellschaft anhand von Ungleichheitskonflikten. Mau und seine Kollegen identifizieren vier Hauptkonfliktarenen: sozioökonomische Verteilung, Migration und Integration, Identitätspolitik und Umwelt- und Klimapolitik. Diese Konfliktarenen seien mit emotionalen Triggerpunkten verbunden: *Ungleichbehandlung*, zum Beispiel in der Diskussion um das Bürgergeld; *Verstöße gegen Normalität*, also alles, was eine kulturell geprägte Vorstellung von ›normal‹ in Frage stellt, zum Beispiel die Diskussion nach geschlechtlicher Identität; *Entgrenzungsbefürchtungen*, hier wird die Angst vor Kontrollverlust an getriggert, zum Beispiel in der Frage nach Grenzöffnungen in der Migration; und *Verhaltenszumutungen*, die das Bedürfnis nach Autonomie berühren, zum Beispiel die Diskussion um das Tempolimit oder die Forderung nach einem *Veggie-Day* (vgl. Mau et al. 2023: 47–64). Diese Triggerpunkte erschweren sachliche Diskussionen, da sie basale Emotionen wie Angst, Wut, Scham und Trauer berühren, Reckwitz bezeichnet sie als »Verlustemotionen« (Reckwitz 2024: 19), die

schließlich politische Debatten und gesellschaftliche Diskurse dominieren (vgl. ebd.: 93–103). Emotionen sind oft überwältigend, und dies nicht nur auf psychologischer, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene, »weil sie in verdichteter Form soziale Strukturen, Gruppenidentitäten und moralische Kodes beinhalten« (Illouz 2024: 15). In Emotionen werden »grundlegende soziale Prozesse wie Herrschaft, Konkurrenz, Abhängigkeit, Unterwürfigkeit, Ungleichheit, Verbundenheit und Normen der Gerechtigkeit in einer individuellen Person verarbeitet« (ebd.). Und nicht zuletzt entstehen durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Verlusterfahrungen und die unterschiedlich ausgeprägte gesellschaftliche Anerkennung dieser Erfahrungen Verlustkämpfe, also eine Konkurrenz um die Anerkennung erlebter Verluste: »Diese Verlustkontroversen sind somit immer auch Auseinandersetzungen um Macht, Herrschaft und Hegemonie, um gesellschaftliche Deutungshoheit und deren politische Konsequenzen« (Reckwitz 2024: 107). Das ist ein wichtiger Schlüssel, um zu verstehen, warum bestimmte gesellschaftliche Themen wie Migration, Klimaschutz oder Diversitätssensibilität als Trigger wirken, die sich auch auf die mediale Debattenkultur und die Wahlkampfkultur auswirken und schließlich das politische Wahlverhalten von Menschen beeinflussen.

In diesem Sinne lassen sich die von Mau et al. konstatierten Triggerpunkte vielmehr als *Ventile*, denn als Reizpunkte verstehen. An ihnen entladen sich Emotionen, die nicht zwangsläufig auf die vermeintlichen Triggerpunkte selbst zurückzuführen sind, sondern oftmals auf sozioökonomische Ungleichverteilung oder den erlebten oder befürchteten Verlust von gesellschaftlichem Status. Diese Dynamik zu verstehen, ist entscheidend für die Schlussfolgerungen für den Umgang mit der wachsenden Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen: Anstatt darüber in Verwunderung und in einer Rhetorik der Empörung zu verharren, gilt es zu begreifen, dass rechtspopulistische Narrative für viele Menschen eine emotionale Entlastungsfunktion haben. Für viele andere stellen ebendiese Narrative jedoch eine essenzielle Bedrohung dar, wie die angeführten Beispiele der Diakonie-Mitarbeitenden zeigen.

4. Die Aufgabe der Diakonie in der polarisierten Gesellschaft

Es ist die Aufgabe der Diakonie, für Menschen in Not, für Teilhabe, Inklusion und soziale Gerechtigkeit einzutreten. Das spezifisch Diakonische an dieser Verantwortung ist die Verortung im christlichen Menschen- und Gottesbild, wodurch die Schwächsten das Maß der Diakonie setzen (vgl. EWDE 2024: 1; Göggelmann/Mutschler 2024: 21). Die Diakonie ist nicht parteipolitisch, aber sehr wohl parteiisch: Sie ergreift ihrem Selbstverständnis nach Partei für diejenigen, die sich in einer schutzbedürftigen Lebenssituation der Diakonie anvertrauen. Diese Menschen, egal ob in Armut, einsam, mit Unterstützungsbedarf, einer psychischen Erkrankung oder einer Migrationsgeschichte, stehen im Mittelpunkt des diakoni-

schen Handelns, und sie müssen sich sicher sein können, dass sie in ihrer Würde und Verschiedenheit angenommen und geachtet werden.

Mit diesem sozial anwaltschaftlichen Schutzauftrag begibt sich die Diakonie zugleich in eine Spannung: Denn sie agiert damit gerade in den Handlungsfeldern, die in der soziologischen Analyse von Mau et al. als Arenen der Ungleichheitskonflikte definiert werden. Es scheint paradox, ist aber gerade darum wichtig zu reflektieren: Je diversitätssensibler und diskriminierungskritischer Menschen und Institutionen zu sein bemüht sind, desto größer ist zugleich die Wahrscheinlichkeit, in einer Art zu sprechen und zu argumentieren, die von vielen Menschen als elitär empfunden wird oder auch schlichtweg für viele nicht verständlich ist. Somit besteht immer auch die Gefahr, neue Ausschlüsse zu produzieren und somit Abwertungs- und Verlusterfahrungen zu erzeugen. Formulierungen wie ›Darf man das überhaupt noch sagen?‹, oder ›Ist das schon rassistisch?‹ zeigen nicht zwangsläufig Unwillen zur Veränderung. Sie zeigen auch an, dass viele Menschen die hoch ausdifferenzierten Diskurse beispielsweise über Rassismus oder Sexismus nicht nachvollziehen können und dadurch irritiert sind oder sich beschämten fühlen. Diese Erfahrung ist kränkend, sie führt zu Verunsicherung, oft auch zu Frustration und Ärger darüber, dass ein früherer gesellschaftlicher Konsens in Frage gestellt wird und man selbst nun zu den Angeklagten gehört. Was als professionelles und kommunikativ differenziertes Einstehen für schutzbedürftige Personengruppen definiert ist, erleben andere Menschen als einen Angriff der neuen *woken* Gesellschaft auf ihren Lebensstil.

Für die Arbeit in der Diakonie bedeutet das, sich der Ambiguität, der Mehrdeutigkeit diakonischen Handelns bewusst sein zu müssen. Zur viel geforderten Ambiguitätstoleranz gehört auch zu merken, wenn das Abstraktionsniveau gesellschaftlicher Diskurse so hoch wird, dass Menschen nicht mehr mitkommen. Das muss ein Signal sein – nicht, unsere Anwaltschaft aufzugeben, aber unsere Sprache zu reflektieren, um auf dem Weg niemanden zu verlieren. Die Diakonie ist in der polarisierten Gesellschaft permanent damit beschäftigt, in dieser Spannung zu agieren, dem Wunsch nach Vereinfachung zu widerstehen, auf nötige Sachlichkeit und Differenzierung hinzuweisen, und zugleich immer wieder Perspektiven der Verständigung und des aktiven Zuhörens zu öffnen. Mit ihren Hilfs- und Beratungsangeboten trägt die Diakonie, tragen die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt, zur Stärkung der Demokratie bei. Dazu gehört der Schutz marginalisierter Gruppen vor Diskriminierung und Ausgrenzung, und dazu gehört auch, die Stimme zu erheben gegen diejenigen, die die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben, um von ihr zu profitieren. Für die alltägliche Arbeit bedeutet das, ganz bewusst über Triggerpunkte und Verlusterfahrungen zu sprechen und diese Diskurse nicht den Polarisierungsunternehmern zu überlassen.

5. Orte der Verständigung

Es sind Initiativen und Engagement vonnöten, um Spaltung zu überwinden, und sie werden vielfach auch schon angeboten und erprobt. Die Initiative *Deutschland spricht* der Wochenzeitung »DIE ZEIT« oder auch die Gesprächsreihe *Das wird man ja wohl noch sagen dürfen – Meinungsfreiheit und Demokratie*, die 2024 vom PEN Berlin organisiert wurde, sind nur zwei Beispiele. Soziale Schieflagen, Verunsicherung und Überforderung angesichts sich überlagernder Krisen, enttäuschter Erwartungen, Vertrauensverluste in die Politik, auch in die Kirche und andere gesellschaftliche Institutionen. All diese Themen brauchen Orte jenseits der Sozialen Medien, an denen Menschen auch mit unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten zusammenkommen, damit der Eindruck, dass niemand zuhört, hinhört, ernst nimmt, was Menschen in ihrem Alltag umtreibt, sich nicht weiter verfestigt. Diese Gesellschaft braucht mehr Orte, geschützte Orte, um unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen und manchmal auch einfach mal auszuhalten. Orte, um Vertrauen neu aufzubauen. Unter dem Hashtag #VerständigungsOrte engagieren sich Evangelische Kirche und Diakonie Deutschland seit 2024 verstärkt dafür: Für Orte der Verständigung, für Gespräche und für eine Rückbesinnung auf das, was die Gesellschaft zusammenhält und Menschen verbindet.

Um die Verbindung, den Weg zueinander zu finden, ist oftmals viel Wohlwollen gefragt. Das ist auch spürbar in den Einrichtungen diakonischer Unternehmen, am Arbeitsplatz, im Gespräch mit Kolleg*innen oder auch mit Klient*innen und deren Angehörigen. Dabei ist die Erkenntnis essenziell: Wir müssen einander zuhören und einander dabei mit Wohlwollen begegnen. Und wir müssen uns selbst dabei ebenfalls als berührbare, verletzliche und subjektive Wesen zeigen, statt vorzugeben, einen neutralen Standpunkt einzunehmen zu können. Es gilt, so der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, »unser Ringen um ein befreites und befreiendes Sprechen, das seine eigene Subjektivität nicht verbirgt, persönliche Erfahrungen und Erlebnisse nicht verleugnet« zu zeigen (Pörksen 2025: 32). Nur so kann es uns gelingen, sei es in kleinen Alltagssituationen oder bei großen Veranstaltungen, aus Konfliktarenen Verständigungsorte zu machen. Wir müssen uns als Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Überzeugungen ernst- und annehmen. Diese Form des Zuhörens ist die Basis für echte Verständigung (vgl. ebd.: 28–33). Oftmals heißt Verständigung, Menschen zu hören, deren Meinung und Haltung wir nicht teilen, die wir vielleicht sogar zutiefst ablehnen. Aber nur, wenn wir uns wirklich füreinander interessieren, für die Lebensgeschichten, die uns dorthin gebracht haben, wo wir gerade stehen, werden wir einander näherkommen und uns miteinander verständigen können. Auch hier ist es ein Abwägen, ein Aushalten von Ambiguität: Denn geschützte Räume, sogenannte *safer spaces*, können niemals geschützte Räume für alle sein. Ein Raum, der für die eine Personengruppe, zum Beispiel weiße Menschen ohne Rassismus Erfahrung, die sich aber politisch nicht gehört fühlen, ein sicherer

Raum ist, ist für eine andere Personengruppe, zum Beispiel *People of Color* oder queere Personen unsicher und das kann umgekehrt genauso gelten. Dies gilt es bei der Veranstaltungskonzeption zu bedenken und zu berücksichtigen: Durch eine gute Moderation, durch klare Regeln und gegebenenfalls durch verschiedene Veranstaltungen, die bewusst *safer spaces* für unterschiedliche Zielgruppen bieten.

Es ist die grundsätzliche Zugewandtheit zum Nächsten, die es auch in herausfordernden Gesprächssituationen erlaubt und erfordert zu sagen und zu zeigen: Ich achte und respektiere dich, aber ich möchte dir trotzdem widersprechen. Und auch: Ich habe eine andere Meinung als du, aber ich will trotzdem wissen, wie du zu deiner Meinung gekommen bist. Manches Mal mag schon das Zuhören, mit aller Ernsthaftigkeit und geleitet von dem Wunsch, den anderen wirklich zu verstehen, eine neue, bislang nicht denkbar gewesene Erfahrung ermöglichen, für beide Seiten. Und manches Mal mag das Zuhören, trotz allen Willens zu verstehen, eine enorme Herausforderung sein. Dennoch lohnt es sich. Es lohnt sich, nach Verständigung zu suchen und den dafür nötigen Schritt auf den anderen zuzugehen.

Wo aber die Menschenwürde angegriffen wird, darf es nicht beim wohlwollenen Zuhören bleiben. Dort ist es notwendig, Partei zu ergreifen für die Angegriffenen. Wenn Menschen sich rassistisch oder antisemitisch, sexistisch, abwertend gegenüber Menschen mit Behinderung oder auf andere Weise menschenfeindlich äußern, wenn sie rechtsextreme Positionen verbreiten, ist es notwendig, eine ganz klare Grenze zu ziehen: Menschenfeindliche Äußerungen und Handlungen sind nicht mit dem Grundgesetz und nicht mit der liberalen Demokratie zu vereinen. Und für Mitarbeitende diakonischer Unternehmen gilt auch: Sie sind nicht zu vereinen mit den Werten der Diakonie. Haltung leben heißt hier, dies nicht nur in aller Deutlichkeit zu sagen, sondern vor allem im Handeln Partei zu ergreifen für diejenigen, die Ausgrenzung und Abwertung erfahren. Sie müssen geschützt und gestärkt werden. Sie müssen gehört werden und sich dabei an einem für sie sicheren Ort, in einem für sie sicheren Umfeld wissen. Diese Orte müssen Unternehmen, Verbände und andere Organisationen schaffen, und zwar ganz konkret, durch Strukturen, die Sicherheit bieten, durch Umsetzung von Diskriminierungsschutzmaßnahmen, durch sensibilisierende und stärkende Schulungen für Mitarbeitende.

Im Alltag der wohlfahrtsverbandlichen Arbeit bewegen wir uns manches Mal in einem Spannungsfeld zwischen Zuspruch und Widerspruch; denn es sind mitunter auch Klient*innen, Bewohner*innen der Diakonie oder die eigenen Mitarbeiter*innen, die sich abwertend über andere Menschen äußern. Auch Personen, die selbst Abwertung und Ausgrenzung erfahren, werten möglicherweise andere ab oder grenzen andere aus. Als Menschen benötigen sie ungeteilten Zuspruch und müssen ihn auch unangefochten erhalten; solche Positionen aber erfordern deutlichen Widerspruch. Dies ist in der Praxis oft schwierig und herausfordernd, aber wir müssen uns dieser Herausforderung stellen, als Diakonie und als Gesellschaft insgesamt, wenn wir gut zusammenleben wollen.

6. Die Bedeutung eines starken Sozialstaats

Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Verständigung und Demokratiestärkung allein reichen allerdings nicht aus, um der vielfach erlebten gesellschaftlichen Polarisierung und der Diskursverschiebung nach rechts nachhaltig und wirksam entgegenzutreten. Gefragt sind hier auch und vor allem politische Entscheidungsträger*innen. Politik lebt vom Vertrauen. Vertrauen in die Lösungskompetenz der demokratischen Parteien schwindet jedoch zunehmend angesichts der enormen Herausforderungen, die gesamtgesellschaftlich zu bewältigen sind. Krisenerfahrungen, wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, Gefühle von Unsicherheit, von Kontrollverlust und von mangelnder politischer Teilhabe bieten ein Einfallstor für antidemokratische und nationalistische Anschauungen (vgl. Decker et al. 2024: 102–105; Reckwitz 2017: 405–417). Es muss daher höchste Priorität haben, das Vertrauen der Bürger*innen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückzugewinnen, Sicherheit zu vermitteln, ohne dabei Freiheitsrechte unnötig einzuschränken. Hierfür braucht es einen starken Sozialstaat. Denn neben der äußeren und inneren Sicherheit ist die soziale Sicherheit die dritte wichtige Säule für die Stabilität unserer Gesellschaft. Kürzungen des Sozialstaats, Unterfinanzierung der Jobcenter, Kürzungen bei den Integrationskursen und bei den psychosozialen Zentren für Menschen mit traumatischen Fluchterfahrungen sind die falsche Antwort. Den Staatshaushalt auf dem Rücken der vulnerabelsten Mitglieder einer Gesellschaft zu konsolidieren, führt zu einer Schwächung der Demokratie. Vielmehr sind Investitionen in die soziale Sicherheit notwendig. Menschen haben konkrete Probleme. Sie finden keinen Platz in einer Kindertagesstätte oder Pflegeeinrichtung. Sie sind mit der häuslichen Pflege überfordert. Sie brauchen Beratung, weil sie überschuldet sind oder weil ihr Leben, aus welchem Grund auch immer, aus dem Lot geraten ist. Menschen finden keine bezahlbare Wohnung. Sie sind chronisch krank und können ihre Medikamente nicht bezahlen. Kinder aus armen Haushalten scheitern am deutschen Bildungssystem. Zuwanderer*innen suchen in unserem Land eine neue Heimat. Sterbende brauchen einen Ort, um in ihren letzten Lebenswochen gut begleitet zu sein.

Es geht um diese und um weitere Lebenslagen. Der Gesetzgeber muss hierfür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und Lösungen anbieten: eine grundlegende Pflegereform, ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut, eine Reform für ein sozial gerechtes Bildungssystem, eine für alle gut zugängliche gesundheitliche Versorgung, die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt, eine gut ausgestattete Jugendsozialarbeit, ein Recht auf einen Freiwilligendienst. Grundlegend dafür ist das Prinzip der Subsidiarität. Dies bedeutet,

dass Staat und Gesellschaft nicht Aufgaben übernehmen dürfen, die ihrem Wesen nach dem Einzelnen oder zumindest der kleineren Ebene, der kleineren Gemeinschaft zustehen. Auf der anderen Seite aber bedeutet das Prinzip (...), dass Staat und Gesellschaft dem Einzelnen und der je kleineren Gemeinschaft helfen sollen, damit diese die ihnen zukommenden Aufgaben selbstständig erfüllen können, eben deshalb, weil diese Aufgaben wesensmäßig zu den, je kleineren Einheiten gehören. (...) Staat und Gesellschaft

sollen nur dann tätig werden (dürfen), wenn der Einzelne oder die kleinere Ebene nicht mehr kann oder nicht mehr will. Umgekehrt dürfen sich Staat und Gesellschaft niemals dann einmischen, wenn die kleinere Einheit von sich aus aktiv zu werden imstande ist (Blum et al. 2021: 17–18).

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Eckpfeiler unseres Wohlfahrtsstaats, verankert im Grundgesetz, insbesondere in den Artikeln 23 und 24 sowie im Vertrag über die Europäische Union in Artikel 5 (vgl. ebd.: 38–42). Dieser Eckpfeiler schafft einen Freiraum für vielfältiges Engagement. Religiös und weltanschaulich unterschiedliche gemeinnützige Träger arbeiten selbstlos und ohne Gewinnerzielungsabsicht und schaffen vor Ort kompetente, professionelle, bedarfsoorientierte Hilfestrukturen. Sie bieten Beratung, Unterstützung und Begleitung und damit ein hohes Maß an Sicherheit und Resilienz für eine Gesellschaft im Umbruch. Und zugleich stärkt das Subsidiaritätsprinzip das zivilgesellschaftliche, demokratische Engagement. Es ist Ausdruck bürgerlicher Freiheit und Verantwortung. Es schafft den Raum, um konkrete Probleme zu lösen und soziale Sicherheit zu fördern. Investitionen in gute und erreichbare Unterstützungs- und Bildungsangebote sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Sie verbessern individuelle Entwicklungschancen und stärken das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Sie fördern den sozialen Frieden, der für den Wohlstand unerlässlich ist, und stärken somit die Demokratie.

Die Diakonie wirkt mit ihren Angeboten in die gesellschaftliche Realität hinein und trägt zur Stärkung der Demokratie bei, indem Menschen mit Hilfebedarf beraten, begleitet und betreut werden. Zudem vertritt die Diakonie diese Menschen sozial anwaltschaftlich gegenüber der Politik sowie im gesellschaftlichen Diskurs und verschafft somit Menschen Gehör, die sonst oftmals überhört und übersehen werden. Dergestalt stärkt die Diakonie das Vertrauen der Menschen mit Hilfebedarf – und das betrifft fast alle Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben –, in diesen Staat und diese Gesellschaft, in das demokratische System, in die demokratischen Parteien. Denn: Menschen, die Hilfe und Unterstützung erfahren, spüren, dass Staat und Gesellschaft es gut mit ihnen meinen. Sie werden gesehen, sie finden Halt und schöpfen Mut für die nächsten Schritte. Für die Diakonie gilt bei alledem auch, nicht zu vergessen, in welche moralischen Abgründe Kirche und Diakonie in ihrer Geschichte geschaut haben. Daher ist es bei der Wahrnehmung ihres Auftrags gegenüber Menschen und Politik entscheidend, niemals vorzugeben, dass Kirche und Diakonie alles richtig machen und alles besser wissen würden. Vielmehr besteht die immerwährende Notwendigkeit der verbandlichen und unternehmerischen Diakonie, sich als sich selbst reflektierende und lernende Organisationen zu positionieren und Verantwortung zu übernehmen: für die Aufarbeitung und Anerkennung begangener Verbrechen unter dem Dach und im Namen von Diakonie und Kirche; für eine Erinnerungskultur, aus der Verantwortung für die Zukunft erwächst; für Prävention vor zukünftiger Gewalt. Dies gilt für die tiefe Schuld, die die Diakonie in der Zeit des Nationalsozialismus auf sich geladen hat. Und es gilt ebenso für die Aufarbeitung und

Prävention von sexualisierter Gewalt und anderen Formen von Gewalt und Missbrauch an Menschen, die in diakonischen Einrichtungen lebten und leben. Diese Verantwortungsübernahme und die konsequente Umsetzung der Verpflichtungen, die hieraus erwachsen, sind Teil dessen, was notwendig ist, um als Institution glaubwürdig zu sein und als demokratische Stimme Gehör zu finden und Gewicht zu erlangen und zu erhalten.

7. Wider die Hoffnungslosigkeit: Haltung zeigen – Haltung leben

Angesichts der gesellschaftlichen Verunsicherung und Polarisierung, des wachsenden Erfolgs populistischen Verlustunternehmertums, der steigenden Zustimmung zu rechtsextremen, menschenfeindlichen Positionen und der nicht zu leugnenden globalen und geopolitischen Schreckensszenarien fällt es mitunter schwer, nicht in Resignation zu verfallen oder einem Fatalismus zu erliegen. Viele Menschen treibt die Frage um: Was können wir mit unseren Möglichkeiten überhaupt ausrichten? Doch als evangelischer Wohlfahrtsverband kann die Diakonie für ihr demokratisches Engagement auch Ermutigung suchen im christlichen Glauben, in der Theologie, zum Beispiel bei der Theologin Dorothee Sölle. Denn sie sah und kannte diesen Zweifel zu gut, und sie nahm ihn und wendete ihn um: Es gelte vielmehr, »einen Zwiespalt in die eigene Hoffnungslosigkeit treiben«. Denn: »sich selber zu zementieren in den Unglücksrezitativen, ist die Sprache des Unglaubens« (Sölle 1994: 1–2). Vielleicht taugt dies zum Leitfaden nicht nur diakonischen, sondern demokratischen Handelns allgemein in Zeiten multipler Krisen und globaler Herausforderungen: An der Hoffnungslosigkeit zu zweifeln, nicht an der Hoffnung; und diesen Zweifel durch das eigene Handeln aktiv zu sähen; und nicht aufzuhören, daran zu arbeiten, eine gute Zukunft für alle zu gestalten. So verstanden ist Hoffnung, um noch einmal mit Eva Illouz zu sprechen, »eine (...) selbsterfüllende (...) Prophezeiung« (Illouz 2024: 48) und »ein zentrales Merkmal der Demokratie, denn Vorstellungen von der Zukunft nähren unsere Bereitschaft, uns zu engagieren« (ebd.: 57). Für diakonisches und demokratisches Engagement, für das Eintreten gegen menschenfeindliche Ideologien und für die Menschen, die von solchen Ideologien am stärksten bedroht sind, bedeutet dies: Aus dem Handeln selbst, aus dem Tun für das, woran wir glauben, erwächst immer wieder aufs Neue die Hoffnung, die uns stärkt, Haltung zu zeigen *durch* Handlung, *durch* Konsequenz, *durch* die Art und Weise, *wie* wir leben.

Literaturverzeichnis

- Amt für Verfassungsschutz Freistaat Thüringen (2023): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2023. Link: https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/Oeffentlichkeitsarbeit/VSBericht_2023.pdf (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- Blum, W./Gaisbauer, H.P./Sedmak, C. (2021): Subsidiarität. Tragendes Prinzip menschlichen Zusammenlebens, Regensburg: Verlag Friedrich Pustet.

- Bundesamt für Verfassungsschutz (2024): BfV obsiegt vor dem Oberverwaltungsgericht NRW gegen die AfD, Pressemitteilung vom 13.05.2024. Link: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/pressemitteilung-2024-1-afd.html> (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (Hrsg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studien 2024, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deutsche Bischofskonferenz (2024): Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar. Erklärung der deutschen Bischöfe. Link: https://www.dbk-shop.de/media/files_public/81db11f0a4662118908038c2640b9019/DBK_10148neu.pdf (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- Diakonie Deutschland (2024): Auf einen Blick. Selbstdarstellung der Diakonie Deutschland. Link: https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Publikationen/Broschüre-Diakonie-Auf-einen-Blick.pdf (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- EKD – Evangelische Kirche in Deutschland (2023): Beschluss der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 4. Tagung zur Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremer Rechter vom 05. Dezember 2023. Link: www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/14-Beschluss_zur_Auseinandersetzung_mit_gruppenbezogener_Menschenfeindlichkeit_und_extremer_Rechter.pdf (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- EKD – Evangelische Kirche in Deutschland/Fehrs, K. (2024): »Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar«, zum 25.02.2024. Link: www.ekd.de/voelkischer-nationalismus-und-christentum-sind-unvereinbar-82915.htm (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- EWDE – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (2024): Satzung des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e. V. vom 16.10.2024. Link: https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Satzung_EWDE_2024-10-16.pdf (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- Fratzscher, M. (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen, in: DIW aktuell Nr. 88. 2023. Link: https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- Göggelmann, W./Mutschler, B. (Hrsg.) (2024): Diakonie und Erinnerung, 21 Diakonie und Erinnerung. Erinnerungskultur in Gustav Werners Bruderhaus, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Hörsch, D. (2025): Verständigungsorte in polarisierenden Zeiten. Studie zur Stimmungslage der Gesellschaft, Berlin: midi / Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. Link: <https://www.mi-di.de/publikationen/verstaendigungsorte-in-polarisierenden-zeiten> (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- Illouz, E. (2024): Explosive Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- Kiyak, M. (2018): Haltung. Ein Essay gegen das Lautsein, Berlin: Dudenverlag.
- Mau, S./Lux, Th./Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2023): Verfassungsschutzbericht. Link: https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/2024-11-26_Broschur_MI_Sachsen-Anhalt_VSB_2023_barrierefrei.pdf (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- Pörksen, B. (2025): Zuhören. Die Kunst, sich der Welt zu öffnen, München: Hanser.
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2024): Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin: Suhrkamp.

- Sölle, D. (1994): Wider den Luxus der Hoffnungslosigkeit, in: pro Zukunft. Informationsdienst der Internationalen Bibliothek für Zukunftsfragen, Jg. 8/H. 4, 1–2. Link: <https://www.prozukunft.org/archiv/1994-4> (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- Staatsministerium des Innern Freistaat Sachsen (2023): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2023. Link: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Verfassungsschutzbericht_2023_barrierefrei.pdf (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- Statistisches Bundesamt (2025): Bundestagswahl 2025, Ergebnisse. Link: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse.html> (zuletzt abgerufen am 18.03.2025).
- Tagesschau (2025a): Medien veröffentlichen Gutachten zur AfD, Stand: 14.05.2025, 19:10 Uhr. Link: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-medien-publizieren-verfassungsschutz-gutachten-100.html> (zuletzt abgerufen am 13.06.2025).
- Tagesschau (2025b): Verfassungsschutz setzt AfD-Hochstufung vorerst aus, Stand: 23.05.2025, 19:14 Uhr. Link: <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-brandenburg-afd-hochstufung-100.html> (zuletzt abgerufen am 13.06.2025).